

Correspondent

Erscheint
Dienstag, Donnerstag,
Sonntag.
Jährlich 150 Nummern.

für

Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

Alle Postanstalten
nehmen Bestellungen an.
Preis
vierteljährlich 65 Pfennig.

39. Jahrg.

Leipzig, Donnerstag den 24. Januar. 1901.

№ 10.

Vom Schriftgießer-Kongresse!

Nach fünftägigen ernsten Verhandlungen sind die 31 Delegierten der deutschen Schriftgießer wieder an die Stätte ihres Wirkens zurückgekehrt und nunmehr beginnt der schwierigere Teil ihrer Aufgabe: die Ein- und Durchführung des auf dem Kongresse beschlossenen. Derselbe hat sich — wie vorauszusehen — in den Bahnen bewegt, welche die Durchführung der gefassten Beschlüsse ermöglichen.

Aus den erstatteten Situationsberichten ist zu ersehen, daß allerorts die Kollegen bemüht waren, die Beschlüsse des Offenbacher Kongresses in die Wirklichkeit umzusetzen; wenn gerade am letztern Orte diesbezüglich zu wünschen übrig blieb, so lag dies an Ursachen, die bis zu einem gewissen Grade ganz besonders ungünstig für die Schriftgießer lagen und teilweise auch nicht vorausgesehen werden konnten. Im übrigen war zu konstatieren, daß die tariflichen wie die organisatorischen Verhältnisse in fortschreitender Entwicklung sich befinden und mehr und mehr infolge der geschaffenen Einigkeit der Kollegen deren Haupttätigkeit sich auf die wichtigsten Arbeiten beschränken kann. Galt es doch vorher, unter den Kollegen selbst manche Mißverständnisse, Unklarheiten und irrige Meinungen zu bekämpfen, um klaren Feld für eine erfolgreiche, gemeinsame Arbeit zu schaffen. Nach dem Dresdener Kongresse kann man sagen, daß von jenen störenden Einflüssen heute keine Rede mehr ist. Mit bewußtem Willen treten die deutschen Schriftgießer an die Geltendmachung des vom Kongresse aufgestellten Programms heran, und daß sie das können, ist der vorher bereits geleisteten Arbeit zu danken. Daß die Realisierung dieses Programms abermals anstrengende Arbeit erfordert, darüber täuschen sich wohl die Vertreter der Schriftgießer am allerletzten, aber der Gerechtigkeit ihrer Sache wie dem einigen Zusammenwirken aller Kollegen wird doch der Sieg.

Der wichtigste Beschluß des Kongresses gipfelt zweifellos in folgender, vom Verbandsvorsitzenden Döbkin eingebrachten und vom Kongresse beschlossenen Resolution:

„Der Kongreß hält bei der fortgesetzten Umwälzung im Schriftgießergewerbe die Einführung eines Normaltarifes zur Zeit für unthunlich, jedoch die Erstrebung einer Verkürzung der Arbeitszeit um eine halbe Stunde und die Erhöhung des gewissen Geldes für notwendig. Orte, welche eine gütliche Verständigung mit den Prinzipalen nicht zu erzielen vermögen, haben die erforderlichen Schritte im Einverständnis mit der Zentralkommission und dem Verbandsvorstande zu unternehmen.“

Die Gesundheitschädlichkeit des Schriftgießerberufes braucht an dieser Stelle und in diesem Augenblicke nicht besonders nachgewiesen zu werden — dazu wird sich zu passender Zeit Gelegenheit finden — aber nicht nur dieser Umstand, sondern in der Hauptsache infolge der steigenden Zunahme von Sekundärschäden, welche rascher und ungünstiger als beim Handseger sich schädigend im Schriftgießergewerbe geltend machen, war die Frage einer Arbeitszeitverkürzung bei den Schriftgießern eine brennende geworden. In der Resolution selbst ist ausgedrückt, daß zunächst auf dem Wege einer friedlichen Verständigung diese Arbeitszeitverkürzung durchzusetzen versucht werden soll. Da in ein-

zelnen Gießereien bereits die achtstündige Arbeitszeit eingeführt ist, dürfte die Forderung der achteinhalbstündigen Arbeitszeit, zumal in Rücksicht auf ihre wichtige Begründung, seitens der Schriftgießerprinzipale als durch die Verhältnisse gerechtfertigt anerkannt werden. Träg alledem heißt es aber, alle Kräfte zu sammeln, um auf alle Eventualitäten gerüstet zu sein.

Schon vor dem Kongresse äußerten wir unsere Zweifel an der Durchführbarkeit eines Normaltarifes, der, wie von Berkahn betont wurde, unter den heutigen Verhältnissen sogar für manche Städte eine Schädigung bedeuten würde. Zweifelslos bleibt aber trotzdem ein Normaltarif ein erstrebenswertes Ziel, was durch eine weitere Regelung und den Ausbau der örtlichen Tarife immer näher rückt. Im Interesse der Hauptforderung, der Verkürzung der Arbeitszeit, sah aber der Dresdener Kongreß für diesmal von einer Ausarbeitung eines solchen Tarifes ab, ohne dadurch die tarifliche Lage der Gehilfen ungünstig beeinflusst zu haben. Daß eine Erhöhung des gewissen Geldes gleichmäßig in sämtlichen Gießstädten gefordert und durchgeführt werden soll, ist in Anbetracht der mehrfach schon im Corr. geschilderten Steuerungsverhältnisse eigentlich selbstverständlich.

Die Lehrlingsfrage bildete ebenfalls auf dem Kongresse den Gegenstand eingehender Beratungen. Ist doch bereits durch die Statistik der Zentralkommission festgestellt, daß bei 1148 Gehilfen 272 Lehrlinge beschäftigt wurden — gegen 200 bei 1097 Gehilfen im Jahre 1897. Diese Ziffern zeigen zur Genüge, wie abänderungs- und verbesserungsbedürftig die Zustände in der Lehrlingsfrage auch bei den Schriftgießern sind. Wie in der Frage der Arbeitszeitverkürzung wird auch hier die Gesamtorganisation hinter der vom Kongresse einstimmig beschlossenen Resolution stehen:

„Der dritte Kongreß der deutschen Schriftgießer erblickt in der durch die Statistik ausgesprochenen Ueberhandnahme der Lehrlinge und die damit verbundene mangelhafte berufliche Ausbildung eine eminenten Gefahr für das gesamte Gewerbe. Um diesem Mißstande zu begegnen, empfiehlt der Kongreß der Kollegenchaft die Auffstellung einer Lehrlingskata, entsprechend der im Buchdruckerartefise vorgegebenen.“

Es kann nur im Interesse der Prinzipale liegen, wenn sie mit den Gehilfen dieser Resolution zum Durchbruche verhelfen.

Im engen Zusammenhange damit steht die Frage der Beschäftigung ungelerner Arbeiter mit Schriftgießereiarbeiten. Das ist mit einer Lebensfrage in tariflicher und organisatorischer Beziehung. Soll dem Anstrome des Anlernens erwachsener Arbeiter in Schriftgießereien nicht gesteuert werden, werden die gelernten Schriftgießer auf Empfindlichste geschädigt. Man könnte unter solchen Umständen dann niemand zumuten, vier Lehr- und Lebensjahre zu opfern, um schließlich als tüchtiger Arbeiter von einem technisch nur mangelhaft ausgebildeten Arbeiter verdrängt zu werden. Diesen Regel endgültig vorzuschreiben, ist in Anbetracht der bereits geschilderten gewerblichen Lage um so notwendiger und daran haben Prinzipale und Gehilfen ein gleichmäßiges Interesse. Der Fall Böttger hat dies bewiesen. Der Kongreß stimmte deshalb

auch einem Antrage Frankfurt zu, daß „in allen unseren fachlichen Zweigen, als Gießer, Fertigmacher, Hölzler, Hölzfräuser und Justierer unter keinen Umständen weder Schlosser noch Hilfsarbeiter angeleert werden dürfen“.

In der Organisationsfrage bleibt nach dem Referate Berkahns noch manches zu thun übrig. Es gilt nicht nur, das Beschlossene durchzuführen und das bereits Erreichte zu erhalten, sondern unter Umständen auch zu Tage getretene Reduktionsgelüste abzuwehren. Die Schaffung möglichst einheitlicher Statuten bei den einzelnen Schriftgießervereinen, die Heranziehung der Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen zur Organisation, wie die Durchführung der noch fernstehenden Gehilfen zum Verbände legte der Referent den anwesenden Delegierten warm ans Herz und seine Worte dürften nicht vergebens gewesen sein. Möge sich nun jeder des Ernstes der Situation bewußt sein, dann wird er gern in seinem und im Interesse der Organisation derselben seine Kräfte zur Verfügung stellen. Die Organisation allein befähigt dazu, diese Kräfte von der Notwendigkeit des Handelns zu überzeugen; sie erzieht und bildet die Mitglieder; sie schafft den geistigen und kameradschaftlichen Zusammenhalt, sie ist das A und O all unserer Tätigkeit als Arbeiter.

Den ersten Mai allgemein durch Arbeitsruhe zu feiern, das hat der Kongreß ganz richtig als zu weitgehend erachtet. Die von Döbkin und anderen Rednern gegen diesen Antrag vorgebrachten Gründe (s. Nr. 9 des Corr.) haben in dieser Frage stets der Organisation als Richtschnur gedient. Auch ohne diese allgemeine Arbeitsruhe nehmen „die Schriftgießer den anderen Gewerkschaften gegenüber“ eine durchaus würdige Stellung ein. Dieselbe wird begründet durch die Thaten einer Arbeitergruppe, nicht durch eine an sich sympathische, aber in ihrer praktischen Wirkung bis jetzt inhaltslos gebliebene Demonstration.

Im Zusammenhange mit der Tarifbewegung der deutschen Gehilfenchaft steht den organisierten Schriftgießern für die nächste Zukunft eine arbeitsreiche Zeit bevor — aber wie die vorhergehenden bietet auch der Dresdener Kongreß die Gewähr dafür, daß wo ein Wille ist, sich auch ein Weg findet und daß die gemeinsamen Interessen der Schriftgießer auf dem Boden der Kollegialität und Solidarität von der Allgemeinheit der Verbandsmitglieder die nötige Förderung und Verteidigung finden.

Die Statistik

des Tarif-Antes der Deutschen Buchdrucker.

Die im Oktober vorigen Jahres verfaßten etwa 12 000 Fragebogen, von denen je die Hälfte an Prinzipale und Gehilfen gerichtet waren, sind in etwa zur Hälfte wieder zurückgekommen; ein Drittel davon war von Prinzipalen und Gehilfen ausgefüllt worden. Von diesen doppelt ausgefüllten Bogen gingen nur 32 bezw. 64 in ihren Angaben auseinander und wurde durch Befragen bei den beiderseitigen Ausstellern der Widerspruch in den Angaben aufgeklärt. Nach Ausschneiden der Doubletten blieben noch 3891 Bogen für die Zusammenstellung einer Statistik. Erfreulicherweise ist dem Erforschen des Tarif-Antes auf Ausfüllung und Rücksendung der Fragebogen diesmal von den Parteien mehr als früher entgegengekommen, und so lieferten Material:...

machte und in dieser Scharfmacherei fortfährt dadurch, daß er erklärt, daß der Parteivorstand die Leipziger Genossen nicht habe zwingen wollen. Und konsequent, wie Herr Geyer nun einmal ist, fuhr er fort: Es müsse eine reinliche Scheidung zwischen der Partei und denen, welche die letztere durch Gründung einer besondern Vereinigung und den Boykott der Volksgeschädigten, stattfinden. Wer die Partei schädigte durch jahrelange Scharfmacherei gegen die Buchdrucker und neuerdings durch den Konflikt, ist nicht nur den Buchdruckern, sondern erfreulicher Weise auch einer Anzahl Parteigenossen aus anderen Berufen klar, die deshalb, weil sie keine Besserung der Verhältnisse unter der heutigen „zielbewußten und prinzipienfesten“ Parteileitung erwarten, die von Herrn Geyer angebotene reinliche Scheidung bereits vollzogen haben. Das Reinlichkeitsbedürfnis haben diese Parteigenossen schon lange empfunden gegenüber der Leipziger Disziplinlosigkeit und dem sich kundgebenden „Zielbewußtsein“, Herr Geyer kommt mit seiner Drohung also zu spät. Wer übrigens auch in jener Versammlung eine Antwort auf unsere in dem Artikel „Zielbewußt“ angeführten Thatsachen erwartete, sah sich gründlich getäuscht, Herr Geyer schwieg sich darüber aus, während er gerade hier seinem Reinlichkeitsbedürfnisse im Interesse der Partei vollakt hätte genüge leisten können.

Dies ist heute. Wir können den Leipziger Parteiführern nur wiederholt raten, im vollen Umfange den Verbandsbuchdruckern ihre vorentfalteten Rechte in der Leipziger Arbeiterbewegung zu gewähren, andernfalls an eine Einstellung des Kampfes nicht zu denken ist.

Korrespondenzen.

Berlin. Die am 9. Januar abgehaltene Vereinsversammlung hatte als wichtigsten Tagesordnungspunkt die erste Aussprache in der kommenden Tarifkampagne: Tarifkündigung oder Tarifrevision, zu verhandeln, bei welcher sich die etwa 500 versammelten Kollegen mit über drei Viertel Mehrheit für Tarifrevision entschieden. Vor Eintritt in die Tagesordnung gab der Vorsitzende Massini einen kurzen Rückblick auf das vergangene Geschäftsjahr, bei welchem er wieder eine günstige Weiterentwicklung des Berliner Vereins, was die Mitgliederzahl und die Finanzen betrifft, konstatieren konnte; 1000 Mitglieder sind in einem einzigen Jahre gewonnen worden, eine Zahl, welche in den Annalen des Vereins noch nicht zu verzeichnen war, und unser Vermögen hat, nach Zugang des Ueberflusses im vergangenen Jahre eine ganz besonders respektable Höhe erreicht, trotz der j. B. beschlossenen Herabsetzung des Gauzuschusses um 20 Pf. Wenn sich dieses günstige Resultat erzielen ließ, so sei es zum größten Teile wohl unser Tarifvereinbarung zu verdanken, welche eine stete, nicht von operativen gewerblichen Differenzen unterbrochene Kräftigung der Organisation geschehen ließ. Als eine weitere günstige Errungenschaft müsse das Abkommen mit den Prinzipalen betreffs des § 616 (Entschädigung bei vorübergehender Arbeitsbefähigung) bezeichnet werden, dessen humanitäre Tendenz allerdings vorläufig noch in nur bescheidener Weise zur Geltung kommen konnte. Aber auch Geschäfte anderer Art habe die Berliner Organisation im vergangenen Jahre zu verzeichnen, Festtage, welche in der Weidachthe des Verbandes Gedenktage bleiben werden: Die Gutenbergsfeier und die Gausvorsteherkonferenz. Die erstere, wo wir es verstanden haben, selbständig der Feier das Gepräge zu geben, die zweite, wo unsere berufenen Vertreter unseren Zielen und Wünschen bei der kommenden Tarifberatung nach sorgsamem Wägen Form und Gestalt gegeben haben. Es schloß der Redner seine Ausführungen mit einem Hinweis auf den inzwischen abgehaltenen Schriftleitungskongress und dem Wunsche, daß die Berliner Kollegen sich um unsere Forderungen zur Durchführung zu bringen, einig zusammenstehen möge. Lassen wir politische Momente und Leidenchaften aus dem Spiele, dann wird kein 1896er Sturm unsere Organisation erschüttern und unsere Ziele werden auf realem Wege zum besten der wirtschaftlichen Lage des Einzelnen wie der Gesamtheit erreicht. Unter Vereinsmitteilungen mußte bedichtet werden, daß in verschiedenen kleinen Druckereien Differenzen wegen der Bezahlung der Feiertage entstanden sind, so bei Krüger, Verowitz und im Reaktor. Es wurden Entlassungen am Tage vor den Festtagen vorgenommen und auch gefordert, Schriftstücke zu unterzeichnen, durch welche eine Nichtbezahlung jener Tage gestattet wird; in der Druckerei des Reaktor soll die Stundenentlohnung eingeführt werden. In allen Fällen werden die in Frage kommenden Instanzen, Tarif-Amt oder Gewerbeamt, angerufen und es werden die auswärtigen Kollegen gewarnt, Anzeigen der betreffenden Druckereien im klinschischen Anzeiger zu folgen und Konditionen anzunehmen. Eine weitere Mitteilung bildete die Blattgründung der Sebmajenschule „Typograph“, welche vom Januar ab ein eigenes Organ für Reklame und Publikation der von anderen Redaktionen zurückgewiesenen Artikel herausgibt. In einer der Mitteilungen der Sebmajenschule Typograph ist nun eine Veröffentlichung eines hannoverschen Prinzipals enthalten, welche einem eventuellen Mangel an Arbeitswilligen abhelfen soll und zwar wird aufgefordert, Blinde an der Maschine als Seher auszubilden, welche mit Hilfe von Mädchen oder Lehrlingen zum Vorlesen immer im Stande sein würden, die wegen Streits von Arbeitern verlassenen Betriebe im Gange zu halten; es wird empfohlen,

die Leitung der Blindenanstalten auf dieses neue Tätigkeitsgebiet für ihre Zöglinge aufmerksam zu machen und den Vorschlag durch Aufstellung von Maschinen in die Praxis umzusetzen. Die dem Hinweis auf eine Arbeitswilligenfabrikation schloß sich die Mitteilung an, daß auch der Gutenbergs-Bund, der seine Finanzen befüßig Förderung einer Stunde Arbeitszeitverkürzung zuerst recht voll genommen habe, immer stiller werde; wahrscheinlich wegen der bei Verwirklichung des oben genannten Prinzipals-Vorschlages ihm drohenden Gefahr, bei Streiks freitreibende Konditionen nicht mehr durch seine Mitglieder besetzen zu können. Nach der Bekanntgabe, daß der Berliner Magistrat sich an unsere Organisation gewendet habe mit dem Ersuchen, Formulare zur Feststellung von Gehaltsbündnissen zu statistischen Zwecken nach Wunsch zu fordern und daß, da diesem nachgegeben werden soll, für eine ordnungsgemäße Ausfüllung derselben durch die dazu beauftragten Kollegen Sorge getragen werden muß, wurde die Leipziger Differenz berührt und anerkannt konstatiert, daß der Streit die Mauern von Leipzig durch das Bemühen der dortigen Kollegen nicht überschritten habe. Betreffs der Abschlüssen unserer Vereins mit dem wissenschaftlichen Institut „Arania“ wegen Vorstellungen in diesem Jahre beschloß die Versammlung, bei den Kontakten die Bezahlung der Garderobe mit einzuschließen, so daß sich die Bilettpreise um 10 Pf. erhöhen, und ferner eine Bezahlung der Plätze nach ihrem Werte eintreten zu lassen (zwischen 70 und 30 Pf.); zur Ausführung gelangen am 24. Februar: Aus dem Tagebuche der Erde und am 21. April An den Ufern des Rheines. — Nummer folgte die Aussprache über Tarifkündigung oder Tarifrevision. Kollege Wachs führte dazu einleitend aus, daß es notwendig sei, die Daten der Kündigung oder Revision zu beachten; wird der Tarif am 31. März gekündigt (welcher Antrag von vier Kreisen gestellt werden muß), so läuft derselbe am 1. Juli ab. Geschieht dies nicht, so müssen Anträge befüßig Revision bis zum 1. Juli eingereicht sein, welche dann nach erfolgter Beratung vom 1. Januar 1902 ab zur Durchführung gelangen. Die Frage an sich nun, ob Kündigung oder Revision, sei wohl nicht schwer zu entscheiden; habe sich doch im Laufe während der Jahre der Dauer des Vertrages eine unbedingte zu konstatierende Besserung unserer Erwerbsverhältnisse gezeigt sowie eine bedeutende Stärkung unserer Organisation möglich gemacht. Wenn man sich auch hin und wieder geäußert habe, daß der Verband durch dieses Abkommen auf ein totes Geleise geraten sei, so habe sich diese Ansicht doch als irrig herausgestellt. Ja, die oberste Instanz der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter, der Gewerkschaftskongress, hat endgültig ausgesprochen, daß Tarifgemeinschaften ein erstrebenswertes Ziel der Gewerkschaften werden müßten und zu diesem Resultate ist er nur durch die Erfahrungen, welche der Verband der Deutschen Buchdrucker gewonnen hatte, gekommen. Weiter könnte man es wohl als wünschenswert bezeichnen, wenn der Vertrag von Organisation zu Organisation geschlossen würde und nicht wie jetzt von Allgemeinheit zu Allgemeinheit. Welche Faktoren kommen denn außer dem Verbands dabei noch in Betracht? Die geringe Zahl der Unorganisierten und der Gutenbergs-Bund, welcher letzterer aber seine arbeitswillige Mission, ob Mißkontrakt oder nicht, weiter erfüllen würde. Und bei den Prinzipalen sei das gleiche der Fall; diejenigen, welche den jetzigen Tarif nicht anerkennen, würden auch im Einzelvertrage nichts Besseres zugeben. Wenn auch der Umstand eintreten kann, daß die zwecks Revision eingeleiteten Verhandlungen resultatlos verlaufen und die Kündigung erfolgen muß, so werden wir der dann entstehenden Situation durch die Kraft unserer Organisation in jeder Hinsicht gewachsen sein. Doch sei solches kaum zu befürchten, da die Gausvorsteherkonferenz unsere Forderungen unter sorgfältiger Berücksichtigung der gesamten wirtschaftlichen Lage in ein Maß gebracht hat, welches seitens der Prinzipalität als berechtigt anerkannt werden wird und dessen tarifliche Fiktion für die kommende Zeit zum Wohle unsers Erwerbslebens und zur Förderung unsers Gewerbes zu erhoffen ist. Es schloß der Redner seine Ausführungen mit dem Hinweis auf die am 27. Januar in Kellers Festhallen abzuhaltende öffentliche Versammlung, welche endgültig, ob Tarifkündigung oder Revision, entscheiden wird und forderte auf, recht zahlreich zu erscheinen, um abschlagend zum besten für unsern Verband zu entscheiden. Kollege Giese sprach sich ebenfalls für Tarifrevision aus; betradteten wir die Konsequenzen, die bei einer Kündigung zu ziehen seien, so wären dieselben eben opfervolles Kämpfen; kündigten wir nicht, so hätten wir die Gewähr einer ruhigen, stärkenden Weiterentwicklung unserer Organisation, welche beim Abschlusse eines korporativen Arbeitsvertrages Vorbedingung ist. Kollege Boekwitz war erfreut, daß endlich der Zeitpunkt gekommen sei, an dem das Eis dieser ewigen Tarifgemeinschaft brechen muß. Jetzt müsse etwas ordentliches geschehen, um den Erneuerungsverhältnissen gerecht zu werden; aber den Anschein habe es, als ob bei der ganzen diesjährigen Bewegung nichts herauskommen werde. Die geforderten 15 Proz. in einem Artikel Rezhäufers seien wohl nur statistischer Auspruch und das gänzliche Fallenlassen einer Arbeitszeitverkürzung sei verfehlt. Gerade diese sei ein gutes Kampfmittel und es müsse eben unser Verband das werden was er früher war: ein Kampfbund. Aus alledem empfehle sich die Kündigung des Tarifes. Kollege Dettmar sprach sich dahin aus, daß die fünfjährige Dauer des Tarifes eine viel zu lange sei und bei der zu empfindenden Revision unbedingt herabgesetzt werden müsse. Auch eine

halbstündige Arbeitszeitverkürzung sei mindestens zu fordern, da wir 1896 doch nur quasi auf eine Verringerung um eine halbe Stunde eingegangen sind, um die geforderte andre halbe bei der nächsten Tarifberatung zu erhalten. Kollege Menz wies darauf hin, daß ja unsere einzig maßgebende Instanz, die Generalversammlung, die Forderungen für dieses Jahr in großen Umfassen vorzeichnet habe und da sei eine Arbeitszeitverkürzung nicht in Betracht gekommen. Der Corr. hätte anfeuernder schreiben müssen und nicht wie in einigen Artikeln mit seiner Meinung hin und her schwanken. Kollege Bonitz trat für Kündigung des Tarifes darum ein, weil derselbe nur von Organisation zu Organisation geschlossen werden dürfe. — Kollege Streder: Es sei eine Thatsache, daß uns die Verhältnisse zu einer Verbesserung unserer wirtschaftlichen Lage drängen. Die Wege keine Kündigung oder Tarifrevision und da wir nun im Laufe der vergangenen 5 Jahre absolut keinen Schaden für die Organisation nachweisen könnten, so wären wir thöricht, den Tarif zu kündigen. Auch die allgemeinen Verhältnisse hätten sich bedeutend gegen früher gebessert, wenn man betrachte, in wie vorteilhafter exakter Weise der Apparat der Tariforganisation arbeite; dreimal so viel anerkennende Firmen seien zu verzeichnen als bei Beginn der jetzigen Gemeinschaft. Was die heute zum Ausdruck gebrachten Forderungen betrifft: Erhöhung der Positionen und Verkürzung der Arbeitszeit anbetreffs, so müsse man sich vor Augen halten, daß die Berliner Verhältnisse nicht für das ganze Reich zutreffen, hier hätten wir wohl die Macht, günstigere Arbeitsbedingungen durchzuführen. Die Sebmajenschulefrage, die doch auch eine große Rolle spiele, haben wir durch den Sebmajentarif in legale Bahnen gelenkt; doch kündigen wir, so spielen wir va banque und verlieren das Heft aus den Händen, um den Schaden jenes eisernen Konkurrenten paralytisieren zu können. Wir dürfen uns niemals auf den bloßen Kampfstandpunkt stellen, mit welchem wohl Scheinerfolge zu erzielen seien, aber keine nützlichen, unsre Existenz wirklich fördernde Maßnahmen sich treffen lassen. — Kollege Massini sprach seine Verwunderung darüber aus, daß man heute schon bestimmte Forderungen vorbringe, da es doch nur prinzipiell zu entscheiden gelte, ob man den korporativen Arbeitsvertrag ferner einzugehen beabsichtige oder nicht. Man hätte so viele Worte gefunden, um beweisen zu können, was die moderne Arbeiterbewegung ist und dabei den sogenannten Kampforganisationsstandpunkt besonders hervorgehoben; trotzdem wurde dabei gänzlich vergessen, daß gerade das Ziel der modernen Arbeiterbewegung solche Schließung von korporativen Arbeitsverträgen sei, und wenn dieses Ziel im allgemeinen noch nicht erreicht worden sei, so liege das an der Schwäche der einzelnen Organisationen, welche nicht in der Lage sind, als anerkannte Mitkontrahenten aufzutreten. Man habe jetzt ein gutes Beispiel an der Tischlerorganisation, welche wohl eine Tarifgemeinschaft abgeschlossen habe, aber nicht die Macht besitze, die Bestimmungen derselben zur Durchführung zu bringen. Wir hätten die wahre Kampforganisation, aber nicht mit Worten, sondern mit Thaten; wir sprächen einfach mit bei der Festlegung der Arbeitsbedingungen und machten nicht nur die Faust im Saute, wie es bei den sogenannten „zielbewußten“ Organisationen der Fall sei. So wie in England den dortigen Arbeitern der korporative Arbeitsvertrag in Fleisch und Blut übergegangen sei, müsse es auch bei der deutschen Arbeiterschaft der Fall werden. Man hätte verschiedentlich auf die kommende schlechte Konjunktur hingewiesen und schlimme Zeiten voll Not und Elend prophezeit; man vergesse aber dabei, daß eben eine Tarifgemeinschaft solch sprunghaftes Auf und Nieder des Erwerbslebens nicht gestattet und deshalb müßten und würden wir zum Besten unserer selbst willen diesen korporativen Arbeitsvertrag, die Tarifgemeinschaft, wieder eingehen, und sei es Pflicht jedes praktisch und die moderne Arbeiterbewegung wirklich fördern wollenden Kollegen, am 27. Januar für Revision unsers Tarifes zu stimmen. (Beifall). — Nachdem ein kurzes Für und Wider über die Ansichten der einzelnen Redner stattgefunden hatte, wurde mit etwa vier Fünftel-Mehrheit der Versammlung zum Ausdruck gebracht, daß für Revision des Tarifes einzutreten sei. — An Personalveränderungen waren zu melden, daß der Herr Max Tegel und Giesler Gustav Jung (letzterer wegen Berufsveränderung) aus dem Verbands ausgeschieden seien und die Kollegen Otto Schulz, Fern. Kasper, Joseph Schreiner und Giesler Wilhelm Zander uns durch den Tod entziffen wurden.

e. Volkshain i. Schl. Am 10. Januar waren fünfzig Jahre verflossen, seitdem die erste Nummer des hierorts erscheinenden Anzeigers für Volkshain und Umgegend zur Ausgabe gelangte. Herr Rob. Walter, der Herausgeber obiger Zeitung, und aus Anlaß dessen sein Personal zu einem gemüthlichen Beisammensein im Kaiserpaale dier selbst ein. Nach einer Ansprache von Seiten des Herrn Chef begann die Feier mit einem vor trefflichen Abendbrote. Verschiedene „Biertelchen“ sorgten gar bald für fröhlichste Stimmung. Mehrere gut gewählte Lieder sowie auch ein kleiner Tanz trugen ebenfalls zur Erhöhung der Bilität bei. Erst der grauebe Tag ernahnte die Teilnehmer zum Nachhausegehen. Jeder aber war überzeugt, einige recht vergnügliche Stunden verbracht zu haben, wofür auch an dieser Stelle Herrn Walter nochmals bestens gedankt sei.

Brandenburg. Die hiesige Mitgliedschaft hielt am 12. Januar ihre Monats-Versammlung ab, welche sehr gut besucht war. Zunächst erstattete der Vorstand den

